

PRESSEMITTEILUNG

Wirtschaftsministerkonferenz in Stralsund beendet

Themen: Maritimer Standort für Deutschland, Allianz für Aus- und Weiterbildung, Erhalt der dualen Ausbildung und des Meisterbriefes, Elektromobilität, Olympische Spiele – Positive Bilanz der Vorsitzzeit Mecklenburg-Vorpommerns

WM

Schwerin, 11.12.2014

Nummer: 427/14

Am Donnerstag ist die zweitägige Wirtschaftsministerkonferenz (WMK) in der Hansestadt Stralsund zu Ende gegangen. Diskutiert wurden Themen wie die **Bedeutung des maritimen Standortes Deutschland, die Allianz für Aus- und Weiterbildung, wirtschaftliche Effekte der Olympischen Spiele 2024, die Transparenzinitiative der EU-Kommission**, das Vorantreiben der **Elektromobilität** sowie **der bundesweite Breitbandausbau**. „Wir haben intensiv diskutiert. Es herrschte ein großer Konsens auf breiter Ebene“, sagte der Vorsitzende der WMK und Wirtschaftsminister Mecklenburg-Vorpommerns Harry Glawe am Donnerstag zum Abschluss der Konferenz. Am Ende seiner zweijährigen Vorsitzzeit hat Wirtschaftsminister Harry Glawe eine positive Bilanz gezogen (siehe Punkt 7.).

1. Maritime Wirtschaft endet nicht an Ländergrenzen

Ein Thema war die **Bedeutung des maritimen Standortes für Deutschland insgesamt**. „Maritime Aufträge für die Wirtschaft enden nicht an den Grenzen der Küstenländer. Ich freue mich, dass die Wirtschaftsminister der Länder sich klar zur Bedeutung der maritimen Wirtschaft als Ganzes bekannt haben. Die Energiewende, der Klima- und Umweltschutz sowie die Sicherung der Rohstoffversorgung sind zentrale Herausforderungen der Zukunft, die nur mithilfe einer starken maritimen Wirtschaft in Deutschland umsetzbar sind“, machte Glawe deutlich. Allein die deutsche Schiffbau- und Offshorezulieferindustrie liegt mit einem jährlichen Produktionswert von 12,8 Milliarden Euro und einem Anteil von fast 21 Prozent innerhalb Europas an der Spitze. (Quelle: Europäische Kommission „Competitive Position and Future Opportunities of the European Marine Supplies Industry“, März 2014). Zulieferunternehmen tragen heute zwischen 70 und 80 Prozent zum Bau von Schiffen und maritimen Großanlagen bei.

Knapp 400.000 Beschäftigte sind in der maritimen Wirtschaft tätig. Wirtschaftsminister Glawe regte auf der Veranstaltung an, das KfW-Sonderprogramm „Offshore Windenergie“ zur Errichtung von

Ministerium für Wirtschaft, Bau
und Tourismus Mecklenburg-Vorpommern
Johannes-Stelling-Straße 14
19053 Schwerin

Telefon: 0385 / 588-5065

Telefax: 0385 / 588-5067

E-Mail: presse@wm.mv-regierung.de

Internet: www.wm.mv-regierung.de

V. i. S. d. P.: Gunnar Bauer

Offshore-Windparks auf den Bereich der Hafen- und Schiffskapazitäten zu erweitern beziehungsweise ein gesondertes KfW-Kreditprogramm aufzulegen. „Es geht insbesondere darum, die Finanzierung von Spezialschiffen und Offshore-Strukturen zu unterstützen. Es ist wichtig, die Erschließung neuer Märkte und Geschäftsfelder zu unterstützen“, betonte Glawe. Der Vorsitzende der WMK Glawe appellierte an den Bund, auch künftig mit an Bord zu sein, wenn es darum geht, die maritime Wirtschaft insgesamt voranzubringen.

2. Wirtschaftsminister machen sich für Allianz bei Aus- und Weiterbildung stark

Die Wirtschaftsminister der Länder wirken künftig bei der Initiative des Bundes zu einer Allianz für Aus- und Weiterbildung mit. „Es gilt, die betrieblichen Angebote der Unternehmen und die Nachfrage der Jugendlichen stärker zusammenzuführen. Dies ist eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Jahre. In der Allianz werden künftig auch die wirtschaftlichen Interessen der Länder stärker vertreten sein. Wir haben erreicht, dass die Länder mehr Gewicht bekommen, um insbesondere Belange im Bereich der Aus- und Weiterbildung stärker einzubringen“, so Glawe weiter. In der Diskussion ist derzeit insbesondere ein Fachkonzept für assistierte Ausbildung. Hierbei sollen die Betriebe bei der Ausbildung benachteiligter Jugendlicher unterstützt werden. Glawe appellierte an den Bund und die Bundesagentur für Arbeit, das Fachkonzept neben der Wirtschaft und den Gewerkschaften auch mit den Fachressorts in den Bundesländern abzustimmen. „Es ist nötig, dass neue Maßnahmen in die jeweiligen Landesstrategien integriert werden. Wichtig ist auch, weniger leistungsstarken Jugendlichen Ausbildungschancen anzubieten“, so Glawe weiter. Die Allianz für Ausbildung wird morgen (Freitag, 12.12.2014) in Berlin unterzeichnet.

3. Wirtschaftliche Effekte der Olympische Spiele prüfen

Der Vorsitzende der Wirtschaftsministerkonferenz Harry Glawe hat die Länder im Rahmen der Konferenz gebeten, die wirtschaftspolitischen Effekte, die mit einer Ausrichtung der Olympischen Spiele 2024/2028 in Berlin oder Hamburg in Deutschland verbunden wären, zu prüfen. „Die Spiele sind nicht nur in der Zeit, in der sie stattfinden wirtschaftlich interessant. Vor allem die Vorbereitung und auch die Nachbereitung bieten neben der Durchführung der Spiele Chancen für Unternehmen, von den Spielen zu profitieren“, betonte Glawe weiter. Als Beispiel nannte der Vorsitzende der WMK die Planung, Konzeption und Logistik innerhalb von verschiedensten Projekten sowie den Bau von entsprechender Infrastruktur, wie beispielsweise Sportanlagen. Auch im Bereich des Tourismus könnten neue Zielgruppen erschlossen werden.

4. Transparenzoffensive der EU-Kommission

Die Wirtschaftsminister fordern die Bundesregierung auf, sich bei der Europäischen Union für den Erhalt der dualen Ausbildung und des Meisterbriefes auszusprechen. „Wir dürfen nicht locker lassen. Die Voraussetzungen für die Ausübung eines Handwerksberufes dürfen nicht aufgeweicht werden. Mit dem bestehenden qualifikationsgebundenen Berufszugang im Handwerk wird die Qualität der

Ausbildungsleistung gesichert. Und Verbraucher wissen, wenn sie eine Leistung einkaufen, was sie am Ende bekommen. Die duale Ausbildung und der Meisterbrief sind europaweit anerkannte Markenzeichen aus Deutschland. Eine Aushöhlung der Meisterpflicht wird sich auch bei der Zahl der Auszubildenden niederschlagen. Das Handwerk muss bereits heute um Auszubildende kämpfen“, betonte Minister Glawe. Die EU-Kommission hat mit einer Mitteilung einen Prozess der Überprüfung bestehender Berufsreglementierungen in den Mitgliedsstaaten eingeleitet. In Deutschland sind hiervon insgesamt 152 Berufe betroffen, davon 41 Handwerksberufe. Die im Handwerk bestehenden Regelungen erfordern, dass der Betriebsleiter über eine einschlägige Berufsqualifikation in Form eines Meisterbriefes oder eines gleichwertigen Qualifikationsnachweises verfügt.

5. Elektromobilität - Möglichkeiten der Subventionierung prüfen

Die Wirtschaftsminister aller Länder haben sich auch mit dem Thema Elektromobilität beschäftigt. „Die Entwicklung ist in Deutschland bislang noch sehr zögerlich. Deshalb fordern wir den Bund auf, weitere Anreize für Konsumenten zu schaffen. Aufgrund der bislang geringen Zulassungszahlen von Elektrofahrzeugen sollen auch finanzielle Fördermöglichkeiten für Privatnutzer geprüft werden“, forderte der Vorsitzende der WMK Harry Glawe. Die Wirtschaftsminister begrüßten die Schaffung geeigneter rechtlicher Rahmenbedingungen bei der Fortführung der Förderung von Forschung und Entwicklung im Bereich Elektromobilität entlang der gesamten Wertschöpfungskette sowie im Bereich der internationalen Standardisierung. Weitere Teile der Wertschöpfungskette betreffen auch insbesondere die Infrastruktur mit den Ladestationen oder auch entsprechende Servicekonzepte. Im vergangenen Jahr wurden nach Angaben des Kraftfahrt-Bundesamtes unter 2,95 Millionen Pkw-Neuzulassungen 6.051 Elektrofahrzeuge zugelassen. Dies entspricht einem Anteil von 0,205 Prozent.

6. Breitbandausbau - Fehlendes Internet darf kein Entscheidungshemmnis für Investitionen sein

Die Wirtschaftsminister der Länder haben darüber hinaus den Bund aufgefordert, sie stärker beim Thema Breitband zu beteiligen. „Es müssen mehr Mittel vom Bund bereit gestellt werden, um den bundesweiten Breitbandausbau weiter voranzubringen. Der Weg der Verteilung der Mittel muss ebenso deutlich und klar aufgezeigt und intensiv mit den Ländern abgestimmt werden. Eine gemeinsame Strategie zwischen Bund, Ländern und auch den Telekommunikationsunternehmen ist nötig. Vor allem auch Unternehmen in den ländlichen Räumen sind auf Datenautobahnen angewiesen. Fehlendes Internet darf kein Entscheidungshindernis bei der Neuan siedlung von Unternehmen in Deutschland sein“, betonte Glawe.

7. Positive Bilanz der Vorsitzzeit von Mecklenburg-Vorpommern im Rahmen der Wirtschaftsministerkonferenz

Wirtschaftsminister Harry Glawe hat zum Ende seiner zweijährigen Amtszeit als Vorsitzender der Wirtschaftsministerkonferenz eine positive Bilanz gezogen. Minister Glawe hatte sich in seiner Funkti-

on als Vorsitzender der Wirtschaftsministerkonferenz insbesondere für einen breiteren Ferienkorridor von 2018 bis 2024 stark gemacht. „Hier haben wir dicke Bretter bohren müssen. Mich freut besonders, dass die langwierigen Verhandlungen zu einem erfolgreichen Ergebnis für Deutschland geführt haben. Der Ferienkorridor wurde auf 85 Tage ausgedehnt. Mit nur 71 Sommerferientagen fehlten in diesem Jahr durchschnittlich zehn Tage gegenüber den Vorjahren“, so Glawe abschließend. Weitere wichtige Themen waren in der Vorsitzzeit unter anderem die Förderung von Unternehmen bei der Verteilung der Mittel des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), die Fachkräftesicherung oder die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Wagniskapital bei Gründern.

Mecklenburg-Vorpommern beendet in diesem Jahr seine zweijährige Vorsitzzeit der Wirtschaftsministerkonferenz. Ab kommendem Jahr hat Hamburg den Vorsitz inne.

Bildunterschrift

Gruppenfoto bei der Wirtschaftsministerkonferenz in der Hansestadt Stralsund - Wirtschaftsminister und Wirtschaftssenatoren im Ozeaneum

Bildmitte: Harry Glawe - Vorsitzender der Wirtschaftsministerkonferenz (WMK) und Wirtschaftsminister von Mecklenburg-Vorpommern

Links daneben: Frank Horch - Wirtschaftssenator von Hamburg (Hamburg hat ab 2015 den Vorsitz der Wirtschaftsministerkonferenz)

Rechts daneben: Matthias Machnig - Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie